



## Das Entscheidende

Aktuelles aus Rechtsprechung und Gesetzgebung

Oktober 2019

### Inhalt

1. Bundesregierung erweitert Bekämpfung der Geldwäsche
  2. Bundeskabinett beschließt Angehörigen-Entlastungsgesetz
  3. Bundesregierung fördert Photovoltaik-Ausbau
  4. Bundesregierung beschließt Wohn- und Mietpaket
  5. Bußgeld bei Vermietung von Wohnraum als Ferienwohnung
  6. Makler verliert Vergütungsanspruch bei Falschberatung
  7. Abschluss eines Kaufvertrags auf einer Messe
  8. „Griff in die Kasse“ – Haftung eines GmbH-Geschäftsführers
  9. Sachgrundlose Befristung – ein Tag Überschreitung des Zwei-Jahreszeitraums
  10. Nachträgliche Zulassung einer Kündigungsschutzklage
  11. Kein Arbeitsunfall bei Einwurf eines privaten Briefs
- Aktuelle Veranstaltungen  
Aktuelle Kanzlei-News  
Kurz notiert / Impressum

## 1. Bundesregierung erweitert Bekämpfung der Geldwäsche

Mit dem Gesetzentwurf zur Umsetzung der Änderungsrichtlinie zur 4. EU-Geldwäscherichtlinie soll diese in nationales Recht umgesetzt werden. Das Gesetz soll zum 1.1.2020 in Kraft treten. Dafür sind u. a. folgende Regelungen vorgesehen:

- ▶ Die Verdachtsmeldepflichten für Makler und Notare sollen konkretisiert und geschärft werden, um dem Geldwäscherisiko im Immobiliensektor entgegenzuwirken.
- ▶ Bisher greifen für Händler von Edelmetallen einzelne Pflichten erst ab einem Schwellenbetrag von 10.000 €. Dieser Schwellenwert wird auf 2.000 € gesenkt.
- ▶ Die geldwäscherechtlichen Pflichten werden auf die Ausrichter von Versteigerungen – insbesondere die öffentliche Hand – erweitert. Davon betroffen sind auch Zwangsversteigerungen von Immobilien durch Gerichte.
- ▶ In Zukunft erhält auch die Öffentlichkeit Zugriff auf das bereits bestehende „Transparenzregister“, in dem die tatsächlich wirtschaftlich Berechtigten aufgeführt werden. Geldwäscherechtlich Verpflichtete müssen künftig vor neuen Geschäften mit Mitteilungspflichtigen einen Registrierungsnachweis oder Auszug aus dem Register einholen und ihnen im Transparenzregister auffallende Unstimmigkeiten melden.
- ▶ Auch Anbieter zur Verwahrung, Verwaltung und Sicherung von Kryptowerten werden verpflichtet, Geldwäsche-Verdachtsfälle zu melden. Außerdem wird die derzeitige Praxis gesichert und erweitert, wonach Dienstleister, die den Umtausch von virtuellen Währungen in gesetzliche Währungen und umgekehrt anbieten, den Verpflichtungen des Geldwäscherechts unterliegen.

## 2. Bundeskabinett beschließt Angehörigen-Entlastungsgesetz

Nicht alle Eltern können die Kosten für ihre Pflege im Alter aufbringen. Daher werden häufig die erwachsenen Kinder zu Unterhaltszahlungen verpflichtet. Im Entwurf des „Angehörigen-Entlastungsgesetzes“ ist vorgesehen, dass zukünftig Angehörige erst bei Überschreitung eines Jahresbruttoeinkommens von 100.000 € vom Sozialhilfeträger zur Zahlung von Unterhaltsleistungen herangezogen werden können. Diese Grenze galt bislang ausschließlich für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Auch Familien, die sich um ein Kind mit Behinderung kümmern, sollen von dem Gesetz profitieren. Für Menschen mit Behinderungen enthält der Entwurf darüber hinaus weitere wichtige Verbesserungen. Geplant ist z. B. ein Budget für Ausbildung. Damit sollen behinderte Menschen unterstützt werden, die eine reguläre Berufsausbildung antreten.

### 3. Bundesregierung fördert Photovoltaik-Ausbau

Die Bundesregierung will den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreiben und fördert Anlagenbetreiber, die Photovoltaikanlagen auf vermieteten Gebäuden installieren. Mieter selbst können die Förderung zwar nicht direkt erhalten. Dennoch profitieren sie von der Förderung, denn der Strompreis ist gemindert um Netzentgelte, netzseitige Umlagen, Stromsteuer und Konzessionsabgaben, wird also günstiger. Voraussetzung für die seit zwei Jahren bestehende Förderung: Mindestens 40 % der Fläche des Gebäudes muss Wohnfläche sein.

Nur wer die Photovoltaikanlage auf dem Dach eines Wohngebäudes betreibt, kann die Förderung beantragen. Diese besteht in einem sog. Mieterstromzuschlag, der vom Netzbetreiber gewährt wird. Die Höhe des Zuschlags hängt von der Größe der Anlage und dem Photovoltaik-Zubau insgesamt ab. Sie liegt zwischen 2,2 und 3,8 Cent pro Kilowattstunde. Hierin enthalten ist auch eine Entschädigung für den zusätzlichen Aufwand des Betreibers, meist der Vermieter, durch verpflichtende Vertrags- und Rechnungsgestaltung, Registrierung und Mitteilung.

### 4. Bundesregierung beschließt Wohn- und Mietpaket

Die Bundesregierung hat sich am 18.8.2019 auf Maßnahmen zum bezahlbaren Wohnen und der Schaffung zusätzlichen Wohnraums geeinigt. Hier ein paar der wichtigsten Punkte:

- ▶ Die Regelungen der Mietpreisbremse werden um fünf weitere Jahre verlängert.
- ▶ Zu viel gezahlte Miete soll auch rückwirkend für einen Zeitraum von 2,5 Jahren nach Vertragsschluss zurückgefordert werden können, sofern ein Verstoß gegen die Mietpreisbremse vorliegt.
- ▶ Der Betrachtungszeitraum für die ortsübliche Vergleichsmiete wird von vier auf sechs Jahre verlängert.
- ▶ Ebenfalls bis zum Ende des Jahres wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Möglichkeit zur Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen begrenzt.
- ▶ Die Nebenkosten für den Erwerb von selbst genutztem Wohnraum sollen deutlich gesenkt werden. Käufer von Wohnungen und Einfamilienhäusern sollen künftig maximal die Hälfte der Maklerkosten tragen müssen.

## 5. Bußgeld bei Vermietung von Wohnraum als Ferienwohnung

Viele Städte und Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten bestimmen, dass Wohnraum nur mit Genehmigung zur wiederholten, nach Tagen oder Wochen bemessenen entgeltlichen Überlassung als Ferienwohnung oder Fremdenbeherbergung, insbesondere einer gewerblichen Zimmervermietung oder der Einrichtung von Schlafstellen, genutzt werden darf. Zuwiderhandlungen können mit einer Geldbuße geahndet werden.

So bestimmt es auch das „Hessische Wohnungsaufsichtsgesetz Ferienwohnungen“. Die Richter am Oberlandesgericht Frankfurt a. M. (OLG) entschieden dazu am 2.8.2019, dass die Vermietung einer Wohnung ohne Genehmigung zur Nutzung der Wohnung als Ferienwohnung – über die Plattform „Airbnb“ – gegen das Hessische Wohnungsaufsichtsgesetz verstößt. Das OLG bestätigte wegen Verstoßes hiergegen verhängte Geldbußen von i.H.v. 6.000 €.

## 6. Makler verliert Vergütungsanspruch bei Falschberatung

Informiert ein Makler einen Kaufinteressenten über Tatsachen, die für die Kaufentscheidung wesentlich sind, infolge einer unzureichenden Organisation der Abläufe in seinem Büro leichtfertig falsch, kann er seinen Anspruch auf Vergütung verlieren.

In einem vom Oberlandesgericht Rheinland-Pfalz am 2.5.2019 entschiedenen Fall legte ein Kaufinteressent gegenüber dem Makler deutlich dar, dass er Wert darauf legt, in der Wohnungseigentümerversammlung nach Abstimmungsmodus und Zahl der Miteigentümer nicht überstimmt werden zu können.

Der Makler hatte jedoch ins Blaue hinein behauptet, dass es nur einen weiteren Eigentümer gab und die Abstimmung nach Kopfteilen erfolgt. Ferner versicherte der Makler wahrheitswidrig, dass noch keine Teilungserklärung vorlag. Tatsächlich lag zum Zeitpunkt dieser Aussage die Teilungserklärung aber bereits dem Sohn des Maklers, mit dem dieser zusammenarbeitet, vor. Daraus ergab sich auch, dass – abweichend von den Angaben des Maklers – in der Wohnungseigentümerversammlung nach Eigentumsanteilen abgestimmt wird. Ferner verfügte der Sohn auch über die Information, dass es zwei Miteigentümer gab. Der Makler hatte sich durch die o. g. Falschinformationen grob fehlerhaft verhalten und daher seinen Maklerlohn verwirkt.

## 7. Abschluss eines Kaufvertrags auf einer Messe

Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch steht einem Verbraucher bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und bei Fernabsatzverträgen ein Widerrufsrecht von 14 Tagen zu. Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte am 10.4.2019 die Frage zu klären, wie es sich bei Kaufverträgen verhält, die auf einer Messe zustande gekommen sind. Folgender Sachverhalt lag den Richtern zur Entscheidung vor: Ein Unternehmen, welches Küchen vertreibt, hatte auf einer Messe einen Stand. Dort wurde ein schriftlicher Kaufvertrag über eine Einbauküche geschlossen. Noch am gleichen Tag widerrief der Käufer diesen Vertrag.

Sofern es sich um eine klassische Verkaufsmesse mit offensichtlichem Verkaufscharakter handelt, kann das Verkaufsangebot eines Unternehmers für den Käufer nicht überraschend sein. So lag der Fall hier. Von einer Überrumpelung konnte nicht gesprochen werden. Ein normal informierter, angemessen aufmerksamer und verständiger Verbraucher konnte vernünftigerweise damit rechnen, dass der betreffende Unternehmer an dem Messestand eine Verkaufstätigkeit ausübt und ihn möglicherweise zu kommerziellen Zwecken ansprechen wird, um einen Vertrag zu schließen.

Der Messestand des Küchenverkäufers vermittelte auch nach außen nicht das Erscheinungsbild eines reinen Informations- oder Werbestands, somit besteht für solche Käufer kein Widerrufsrecht.

## 8. „Griff in die Kasse“ – Haftung eines GmbH-Geschäftsführers

Die Verpflichtung des Geschäftsführers einer GmbH dafür zu sorgen, dass sich die Gesellschaft rechtmäßig verhält und ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommt, besteht grundsätzlich nur gegenüber der Gesellschaft, nicht hingegen im Verhältnis zu außenstehenden Dritten.

In einem dem Bundesgerichtshof am 7.5.2019 zur Entscheidung vorgelegten Fall betrieb eine GmbH eine Mühle. Landwirte belieferten diese mit Getreide. Die aus den Verkäufen erzielten Erlöse flossen auf ein Konto der GmbH. Die Landwirte bezogen ihrerseits von der GmbH Saatgut, Dünger und Ähnliches.

Es bestand eine Kontokorrentabrede, nach der die Auszahlung des Differenzguthabens von der GmbH an die Landwirte im Februar des Folgejahres erfolgen sollte. Eine solche Zahlung wurde jedoch nicht ausgeführt; es wurde ein Insolvenzantrag gestellt, der in der Folgezeit mangels Masse abgewiesen wurde.

Grund für die Zahlungsunfähigkeit der GmbH war, dass der Geschäftsführer mehrere hunderttausend Euro aus dem Vermögen der GmbH entnommen und für betriebsfremde Zwecke verwendet hatte. Den Landwirten stand nach Auffassung des BGH hier kein direkter Schadensanspruch gegenüber dem GmbH-Geschäftsführer zu.

## 9. Sachgrundlose Befristung – ein Tag Überschreitung des Zwei-Jahreszeitraums

Nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz ist die kalendermäßige Befristung eines Arbeitsvertrages ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes nur bis zur Dauer von zwei Jahren zulässig.

In einem vom Landesarbeitsgericht Düsseldorf (LAG) am 9.4.2019 entschiedenen Fall begann das Arbeitsverhältnis am 5.9.2016. In der Zeit vom 5.9.2016 bis zum 23.9.2016 besuchte der Arbeitnehmer eine Schulung und reiste dazu bereits am 4.9.2016 an. Die Reise- und Hotelkosten übernahm der Arbeitgeber. Mit einer Vereinbarung im Februar 2017 wurde das Arbeitsverhältnis bis zum 4.9.2018 verlängert. Nach Ablauf der Befristung erhielt der Arbeitnehmer keine unbefristete Stelle. Er war der Auffassung, dass das Arbeitsverhältnis nicht durch die Befristung bis zum 4.9.2018 beendet war.

Die LAG-Richter kamen zu dem Urteil, dass die Befristung hier um einen Tag überschritten war, da die Dienstreise am 4.9.2016 bereits Arbeitszeit war. Diese Überschreitung der Zwei-Jahresfrist um einen Tag führte dazu, dass mit dem Arbeitnehmer ein unbefristetes Arbeitsverhältnis bestand.

## 10. Nachträgliche Zulassung einer Kündigungsschutzklage

War ein Arbeitnehmer nach erfolgter Kündigung trotz Anwendung aller ihm nach Lage der Umstände zuzumutenden Sorgfalt verhindert, die Klage innerhalb von drei Wochen nach Zugang der schriftlichen Kündigung zu erheben, so ist auf seinen Antrag hin die Klage nachträglich zuzulassen.

Eine Klage nach der o. g. gesetzlichen Regelung ist jedoch nicht nachträglich zuzulassen, wenn ein Arbeitnehmer, der sich nicht nur vorübergehend im Ausland aufhält, nicht sicherstellt, dass er zeitnah von einem Kündigungsschreiben Kenntnis erlangt, das in einen von ihm vorgehaltenen Briefkasten im Inland eingeworfen wird.

In dem entschiedenen Fall war ein Arbeitnehmer in Katar tätig. Er hatte einen Bekannten beauftragt, an ihn adressierte Post zu sammeln und einmal im Monat zu ihm nach Katar zu schicken. Die Richter des Bundesgerichtshofs entschieden hier, dass der Arbeitnehmer kein Recht auf eine nachträgliche Klageerhebung hatte.

## 11. Kein Arbeitsunfall bei Einwurf eines privaten Briefs

In einem vom Bundessozialgericht (BSG) entschiedenen Fall verletzte sich eine Frau, als sie auf dem Heimweg von ihrer Arbeitsstelle versuchte einen privaten Brief einzuwerfen. Das Gericht hatte nun zu entscheiden, ob es sich hier um einen Arbeitsunfall handelte.

Das BSG kam zu der Entscheidung, dass dieser Briefeinwurf als rein privatwirtschaftliche Handlung zu beurteilen ist, und somit nicht mehr unter dem Schutz der Wegeunfallversicherung stand. Zwar unterliegt grundsätzlich das Zurücklegen des mit der versicherten Tätigkeit zusammenhängenden unmittelbaren Wegs nach und von dem Ort der Tätigkeit im Bereich der gesetzlichen Unfallversicherung. Die Frau hatte diesen Weg jedoch unterbrochen, als sie den Pkw verlassen hat, um einen Brief einzuwerfen.

## Aktuelle Veranstaltungen

Mittwoch, 13.11.2019 / 18:00 Uhr / HKF Beratergruppe, Siegburger Strasse 39b, 53757 Sankt Augustin-Menden

### Chancen und Risiken beim Erwerb von Immobilien aus einer Versteigerung

Referentin: Frau Rechtsanwältin Petra Paul, EHM

Empfiehl sich ein Erwerb einer Immobilie aus einem Versteigerungsverfahren?  
Wie kommt der Interessent ggfs. an Informationen hinsichtlich Zustand der Immobilie etc.? Wie bereitet man sich auf einen Versteigerungstermin vor?  
Wie läuft ein solcher Termin ab? Wie wird eine noch bewohnte Immobilie später geräumt?

Angesichts eines boomenden Immobilienmarktes ist ein Überblick, ob und wann sich ein Erwerb von Immobilien aus einem Versteigerungsverfahren lohnt, besonders wertvoll.

### Die neuen Grundsteuerregelungen

Referent: Herr Stb, M.Sc. Daniel Kurka, HKF

Das Bundesverfassungsgericht hat das derzeitige System der grundsteuerlichen Bewertung letztes Jahr für verfassungswidrig erklärt. Dieser Vortrag beleuchtet die Änderungen und Auswirkungen der Grundsteuerreform für Immobilieneigentümer.



**Petra Paul**  
Rechtsanwältin  
Fachanwältin für Familienrecht  
Tel.: +49 228 62092-33  
E-Mail: [paul@ehm-kanzlei.de](mailto:paul@ehm-kanzlei.de)



## Aktuelle Veranstaltungen

**Mittwoch, 20.11.2019** / 18:00 Uhr / HKF Beratergruppe, Siegburger Strasse 39b, 53757 Sankt Augustin-Menden

### Die DSGVO Ein Jahr danach, Erfahrungen und Ausblick

Referent: Herr Dr. Ralf Schadowski, Geschäftsführer der ADDAG GmbH & Co. KG

In den Medien hatte man im Mai 2018 das Gefühl, vor lauter Datenschutzmeldungen und -warnungen „geht die Welt unter“. Ein Jahr nach der DSGVO: Ist das alles nur „heiße Luft“ gewesen? Der Referent ist erfahrener Datenschutzbeauftragter und berichtet interaktiv und medial zu Erfahrungen aus seinem Alltag, gibt praxisnahe pragmatische Tipps, was jedes Unternehmen zur Existenzsicherung auch ohne Datenschutzdruck mindestens umgesetzt haben sollte mit Checkliste für den eigenen Betrieb.

**Mittwoch, 04.12.2019** / 18:00 Uhr / HKF Beratergruppe, Siegburger Strasse 39b, 53757 Sankt Augustin-Menden

### Berliner Testament – ganz einfach, oder?

Referent: Herr Rechtsanwalt Dr. Norbert Gierlach, EHM

Das weit verbreitete, klassische Ehegattentestament mit dem überlebenden Ehegatten als Alleinerben und den gemeinsamen Kindern als Schlusserben nach dem Letztversterbenden – früher auch Berliner Testament genannt – ist tatsächlich Ausgangspunkt der meisten gerichtlichen Verfahren, weil häufig viele sich nach dem Tode der Eltern ergebende Umstände in dem Testament nicht bedacht wurden.

Ein intelligent gemachtes Ehegattentestament vermeidet typische Konflikte, nicht gewünschte Folgen und damit Streit in der Familie.

### Jahressteuergesetz 2019

Referent: Herr Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Berndhard Kurka, HKF

Der Vortrag geht auf die wichtigsten Neuerungen aus den Rechtsprechungen und Verwaltung ein, die für 2019 und die Zukunft relevant sind.



#### Dr. Norbert Gierlach

Rechtsanwalt

Fachanwalt für Erbrecht

Fachanwalt für Familienrecht

Tel.: +49 228 62092-33

E-Mail: [gierlach@ehm-kanzlei.de](mailto:gierlach@ehm-kanzlei.de)

## Aktuelle Kanzlei-News

### **Frau Rechtsanwältin Petra Paul wechselte zu Eimer Heuschmid Mehle**

Wir freuen uns, dass Frau Rechtsanwältin Petra Paul unsere Kanzlei auf dem Gebiet des Familienrechts seit dem 01.09.2019 verstärkt. Frau Kollegin Paul verfügt über eine langjährige Erfahrung im Bereich des Familienrechts und des Zwangsversteigerungsrechts. Sie ist Fachanwältin für Familienrecht, so dass wir nun sieben Fachanwältinnen für Familienrecht in unserer Kanzlei haben. Damit verfügen wir über das mit Abstand größte familienrechtliche Dezernat im hiesigen Bereich.

Mit Frau Kollegin Paul stößt eine hochkompetente, spezialisierte und erfahrene Rechtsanwältin zu unserem Team. Frau Kollegin Paul war bis zu ihrem Wechsel zu Eimer Heuschmid Mehle lange Jahre als Fachanwältin für Familienrecht in einer Bonner Kanzlei tätig. Sie verfügt im Familienrecht nicht nur über besondere theoretische Kenntnisse sondern auch über eine langjährige Erfahrung. Da Frau Kollegin Paul auch eine besondere Expertise im Zwangsversteigerungsrecht und hier insbesondere in Teilungsversteigerungsverfahren hat, ist dies eine hervorragende Ergänzung in unserem familienrechtlichen Dezernat.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Frau Rechtsanwältin Paul. Sie ist auch bei uns überwiegend im Ehe- und Familienrecht tätig und begleitet dort die Mandanten in Trennungs- und Scheidungsangelegenheiten sowie im Güter- und Unterhaltsrecht. Darüber hinaus steht Frau Paul unseren Mandanten auch im Zwangsversteigerungsrecht und bei Teilungsversteigerungsverfahren mit Rat und Tat zur Seite.



**Petra Paul**  
Rechtsanwältin  
Fachanwältin für Familienrecht  
Tel.: +49 228 62092-33  
E-Mail: [paul@ehm-kanzlei.de](mailto:paul@ehm-kanzlei.de)

## Kurz notiert

### **Basiszinssatz (§ 247 Abs. 1 BGB):**

seit 1.7.2016 = -0,88 %;

1.1.2015 – 30.6.2016 = -0,83 %;

1.7.2014 – 31.12.2014 = -0,73 %

Ältere Basiszinssätze finden Sie im Internet unter: [www.bundesbank.de](http://www.bundesbank.de) und dort unter „Basiszinssatz“.

### **Verzugszinssatz (§ 288 BGB seit 1.1.2002):**

Rechtsgeschäfte mit Verbrauchern: Basiszinssatz +5 Prozentpunkte;

Rechtsgeschäfte mit Nichtverbrauchern

(abgeschlossen bis 28.7.2014): Basiszinssatz +8 Prozentpunkte;

Rechtsgeschäfte mit Nichtverbrauchern

(abgeschlossen ab 29.7.2014): Basiszinssatz +9 Prozentpunkte;

zzgl. 40 € Pauschale

### **Verbraucherpreisindex (2015 = 100):**

2019: August = 106,0; Juli = 106,2; Juni = 105,7; Mai = 105,4;

April 105,2; März = 104,2; Februar = 103,8; Januar = 103,4

2018: Dezember = 104,2; November = 104,2; Oktober = 104,9;

Bitte beachten Sie, dass ab Januar der Index von 2010 = 100 auf 2015 = 100 geändert wurde!

Ältere Verbraucherpreisindizes finden Sie im Internet unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de) – Zahlen und Fakten – Konjunkturindikatoren

Bitte beachten Sie, dass dieses Informationsschreiben eine individuelle Beratung nicht ersetzen kann! Eventuelle Änderungen, die nach Ausarbeitung dieses Schreibens erfolgen, werden erst in der nächsten Ausgabe berücksichtigt. Trotz sorgfältiger und gewissenhafter Bearbeitung aller Beiträge übernehmen wir keine Haftung für den Inhalt.

## Impressum

**Eimer Heuschmid Mehle**  
Rechtsanwälte Partnerschaft mbB  
Friedrich-Breuer-Straße 104–112  
53225 Bonn  
Telefon +49 228 62092-0  
Fax +49 228 460708  
[eimer@ehm-kanzlei.de](mailto:eimer@ehm-kanzlei.de)  
[www.ehm-kanzlei.de](http://www.ehm-kanzlei.de)



Vortragsreihe 2. Halbjahr 2019

  
**Eimer Heuschmid Mehle**  
Rechtsanwälte Partnerschaft mbB

HERGENROTHER KURKA & PARTNER  
**HKF**  
STEUERBERATER  
WIRTSCHAFTSPRÜFER  
RECHTSANWÄLTE

## 1. Vortragsabend am Mittwoch, den 13.11.2019, 18:00 Uhr

1. Vortrag:

### Chancen und Risiken beim Erwerb von Immobilien aus einer Versteigerung

Referentin: Frau Rechtsanwältin Petra Paul, EHM



Empfiehl sich der Erwerb einer Immobilie aus einem Versteigerungsverfahren? Wie kommt der Interessent ggfs. an Informationen hinsichtlich Zustand der Immobilie etc.? Wie bereitet man sich auf einen Versteigerungstermin vor? Wie läuft ein solcher Termin ab? Wie wird eine noch bewohnte Immobilie später geräumt?

Angesichts eines boomenden Immobilienmarktes ist ein Überblick, ob und wann sich ein Erwerb von Immobilien aus einem Versteigerungsverfahren lohnt, besonders wertvoll.

2. Vortrag:

### Die neuen Grundsteuerregelungen

Referent: Herr Steuerberater, M.Sc. Daniel Kurka, HKF

Das Bundesverfassungsgericht hat das derzeitige System der grundsteuerlichen Bewertung letztes Jahr für verfassungswidrig erklärt. Dieser Vortrag beleuchtet die Änderungen und Auswirkungen der Grundsteuerreform für Immobilieneigentümer.

► [Hier geht es zur direkten Anmeldung für diese Veranstaltung](#)

## 2. Vortragsabend am Mittwoch, den 20.11.2019, 18:00 Uhr

1. Vortrag:

### Die DSGVO: 1 Jahr danach, Erfahrungen und Ausblick

Referent: Herr Dr. Ralf Schadowski, Geschäftsführer der  
ADDAG GmbH & Co. KG

In den Medien hatte man im Mai 2018 das Gefühl, vor lauter Datenschutzmeldungen und -warnungen „geht die Welt unter“. Ein Jahr nach der DSGVO: Ist das alles nur „heiße Luft“ gewesen?

Der Referent ist erfahrener Datenschutzbeauftragter und berichtet interaktiv und medial zu Erfahrungen aus seinem Alltag, gibt praxisnahe pragmatische Tipps, was jedes Unternehmen zur Existenzsicherung auch ohne Datenschutzdruck mindestens umgesetzt haben sollte mit Checkliste für den eigenen Betrieb.



► [Hier geht es zur direkten Anmeldung für diese Veranstaltung](#)

### 3. Vortragsabend am Mittwoch, den 4.12.2019, 18:00 Uhr

1. Vortrag:

#### **Berliner Testament – ganz einfach oder?**

Referent: Herr Rechtsanwalt Dr. Norbert Gierlach, EHM



Das weit verbreitete, klassische Ehegattentestament mit dem überlebenden Ehegatten als Alleinerben und den gemeinsamen Kindern als Schlusserben nach dem Letztversterbenden – früher auch Berliner Testament genannt – ist tatsächlich Ausgangspunkt der meisten gerichtlichen Verfahren, weil häufig viele sich nach dem Tode der Eltern

ergebende Umstände in dem Testament nicht bedacht wurden.

Ein intelligent gemachtes Ehegattentestament vermeidet typische Konflikte, nicht gewünschte Folgen und damit Streit in der Familie.

2. Vortrag:

#### **Jahressteuergesetz 2019**

Referent: Herr Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Bernhard Kurka, HKF

Der Vortrag geht auf die wichtigsten Neuerungen aus Rechtsprechung und Verwaltung ein, die für 2019 und die Zukunft relevant sind.

► [Hier geht es zur direkten Anmeldung für diese Veranstaltung](#)

## Vortragsreihe 1. Halbjahr 2019



Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist kostenfrei. Die Vorträge beginnen ab 18.00 Uhr in den Räumen der HKF Beratergruppe:

Siegburger Straße 39b,  
53757 Sankt Augustin-Menden.  
(Parkplätze stehen vor Ort zur Verfügung)

Im Anschluss an die Vortragsveranstaltung (ca. 90 Minuten) laden wir Sie bei einem Umtrunk in unseren Kanzleiräumen zum weiteren Gespräch und Austausch herzlich ein.

Anmeldung wird erbeten an EHM oder HKF:

- ▶ [hier per Link über unsere Website](#)
- ▶ per E-Mail an:  
jochheim@ehm-kanzlei.de oder  
anja.reuter@hkf.de
- ▶ oder telefonisch unter:  
0228-62092-42 (EHM, Frau Jochheim) oder  
02241-94339-151 (HKF, Anja Reuter)

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

  
**Eimer Heuschmid Mehle**  
Rechtsanwälte Partnerschaft mbB

HERGENROTHER KURKA & PARTNER

**HKF**

STEUERBERATER  
WIRTSCHAFTSPRÜFER  
RECHTSANWÄLTE